



7 zentrale Forderungen nach Gleichheit für das neue Europäische Parlament



Das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR) ist die Stimme der anti-rassistischen Bewegung in Europa. Wir sind ein Netzwerk von 150 NGOs aus ganz Europa welches gegen Rassismus und Diskriminierung eintritt und sich für Gleichheit in europäischen und nationalen politischen Debatten einsetzt. Web: www.enar-eu.org - Twitter: @ENAREurope #IVote4Diversity - Facebook: www.facebook.com/ENAREurope and www.facebook.com/IVotefordiversity

ENAR's Forderungen nach Gleichheit haben das Ziel, Unterstützung für Anti-Rassismus und Gleichheit zu mobilisieren, sowohl unter Kandidaten für die Europawahl als auch unter nationalen und europäischen politischen Parteien und Fraktionen.

Wenn Sie sich dafür einsetzen wollen, dass Gleichheit eine Priorität des nächsten Europäischen Parlaments wird, unterstützen Sie die folgenden Aktivitäten für ein Europa ohne Rassismus! Sie erreichen uns per Email an info@enar-eu.org oder telefonisch unter +32 (0)2 229 35 70

1. Jegliche Form von Rassismus bekämpfen

Fraktionen im Europäischen Parlament sollten Debatten und Forschung für einen EU-Rahmen zur Förderung der Einbeziehung von Menschen afrikanischer Herkunft/'Black Europeans', Juden und Muslime anregen und eine Europäische Wahrheitskommission einrichten um vergangene Verbrechen gegen diese Gruppen in der Europäischen Union öffentlich anzuerkennen.

Warum? *Rassismus, Xenophobie und insbesondere damit zusammenhängende Formen von Romafeindlichkeit, Antisemitismus, Afrophobie und Islamophobie verhindern die Perspektive auf Einbeziehung von Millionen in Europa. Europa muss die Gewalttaten und wiederholte Verfolgung von Minderheiten während seiner kolonialen Vergangenheit anerkennen, welche sich auf heutige Formen des Rassismus auswirken. Während ein allgemeiner Ansatz zu Anti-Rassismus beibehalten werden sollte, ist es wichtig anzuerkennen, dass jede Gruppe spezifische Diskriminierung erfährt, welche spezifische Maßnahmen erfordert.*

2. Gleichheit im Ergebnis messen

Fraktionen im Europäischen Parlament sollten sich für Debatten und Forschung einsetzen, welche Mitgliedsländer dazu anregt, Gleichheit als Teil ihrer positiven Pflicht zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung zu messen, und Gleichheit sowie soziale Teilhabe von ethnischen und religiösen Minderheiten zu fördern. Die Erhebung und Verarbeitung von Gleichstellungsdaten sollte in voller Übereinstimmung mit Datenschutzgarantien und in Abstimmung mit von Diskriminierung am meisten gefährdeten Gruppen erfolgen.

Warum? *EU Mitgliedsländer müssen die sozio-ökonomische Situation der von Diskriminierung gefährdeten Gruppen überwachen um ihre öffentlichen Politiken und Dienstleistungen zu planen, zu überwachen und zu beurteilen. Ohne Gleichstellungsdaten ist es unmöglich zu zeigen ob Gleichstellungsstandards richtig implementiert werden.*

3. Anstrengungen gegen rassistische Gewalt verstärken

- a) Die nationalen und europäischen rechtlichen Grundlagen müssen verstärkt werden um alle öffentlichen Aufstachelungen zu Gewalt und Hass zu bekämpfen und um die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung rassistischer Verbrechen zu garantieren;
- b) Die Europäische Kommission muss dazu aufgefordert werden, Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedsländer einzuleiten, deren Rechtsvorschriften und Verfahrensweisen gegen bestehendes EU Recht gegen rassistische Verbrechen verstoßen;
- c) Mitgliedsländer müssen dazu aufgefordert werden, den Rahmen erhobener Daten über Hassdelikte durch die Erhebung von Opferbefragungen zu erweitern und bewährte Praktiken in der Zusammenarbeit mit Tätern und Opfern rassistischer Gewalt auszutauschen.

Warum? *Rassistische Gewalt ist weiterhin Realität in der Europäischen Union. Roma, Menschen afrikanischer Herkunft/'Black Europeans', Migranten, Juden und Muslime erfahren nachweislich ein hohes Maß an Diskriminierung. EU Mitgliedsländer schaffen oft nur unzureichende Bedingungen für Opfer von rassistischen Verbrechen Regressansprüche geltend zu machen und davor zu schützen, immer wieder zu Opfern gemacht zu werden. Nur vier Mitgliedsländern (Finnland, die Niederlande, Schweden und Großbritannien) sammeln aufgeschlüsselte Daten zu Hassdelikten. Rassistische Gewalt zu bekämpfen, sollte eine Priorität in einer zukünftigen EU internen Grundrechte-Strategie sein.*

4. Vielfalt und Gleichheit am Arbeitsplatz fördern

Das Europäische Parlament sollte die Europäische Kommission dazu aufrufen, Beratungen mit der Zivilgesellschaft und Experten aufzunehmen über **Diskriminierung aufgrund von Religion und Glauben im Bereich Beschäftigung**, um Richtlinien zu entwickeln und **bewährte Praktiken** aufzuzeigen, welche religiöser und kultureller Vielfalt gerecht werden.

Warum? Die EU Richtlinie zur Gleichbehandlung im Bereich Beschäftigung schützt Individuen vor Diskriminierung aufgrund ihrer Religions- und Glaubenszugehörigkeit, aber die Pflicht von Arbeitgebern Vielfalt gerecht zu werden, geht nicht über den Bereich Behinderung hinaus. Aufbauend auf den zahlreichen bestehenden Praktiken auf nationaler Ebene, sollte die EU Arbeitgeber dazu auffordern **Vielfalt am Arbeitsplatz gerecht zu werden** und die besonderen Bedürfnisse aller diskriminierten Gruppen zu berücksichtigen, damit Mitgliedsländer ihre jeweiligen **EU 2020 beschäftigungspolitischen Ziele** erfüllen. Den vielfältigen Formen von Diskriminierung, zum Beispiel aufgrund von Gender und Religion, sollten in diesem Zusammenhang besonders Sorge getragen werden.

5. Proaktiv gegen Rassismus in politischen Diskursen vorgehen

Nationale/Europäische politische Parteien und Fraktionen im Europäischen Parlament müssen überzeugende und angemessene **Sanktionen** gegen Politiker garantieren, die in ihrer parlamentarischen Arbeit rassistische Diskurse verwenden. Angemessene disziplinarische und Selbstregulierungsmechanismen sollten eingeführt werden aufbauend auf Rechtsrahmen und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Warum? Rassistische Rhetorik beinhaltet nicht nur Wörter. Es hat verheerende Auswirkungen auf die gefährdeten Gruppen und **führt sehr häufig zu gewalttätigen Handlungen**. Als Meinungsbildner haben Politiker eine **besondere Verpflichtung dieses Phänomen zu bekämpfen**. Reaktionen und Sanktionen aus der eigenen Peergroup würden dem **Eindruck von Straflosigkeit** und der mangelnden demokratischen Verantwortlichkeit **ein Ende setzen**.

6. Minderheiten und Migranten in Entscheidungsprozesse einbeziehen

- a) Eine bedeutsame Beteiligung von ethnischen und religiösen Minderheiten und Migranten, darunter auch Frauen, bei der Entscheidungsfindung muss sicher gestellt werden durch die Erhöhung der **Zahl der Bewerber aus diesen Gruppen auf Wahllisten** und durch die Einführung von **Quotenregelungen** in den Entscheidungsstrukturen politischer Parteien.
- b) Bemühungen müssen vorangetrieben werden, **Stimmrechte für rechtmäßig und langfristig Aufenthaltsberechtigte** in lokalen und Europawahlen zu garantieren.
- c) Es muss sicher gestellt werden, dass männliche und weibliche Mitglieder ethnischer und religiöser Minderheiten und Europäer mit Migrationshintergrund als Mitarbeiter der Mitglieder des Europäischen Parlaments und der europäischen Fraktionen angeheuert werden, um ein vielfältiges (nicht-)ständiges Personal im Europäischen Parlament zu erreichen.

Warum? Wenn das Europäische Parlament wirklich repräsentativ sein soll, sollte es die **Zusammensetzung und die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft als Ganzes reflektieren**, nicht nur unter den gewählten Vertretern, sondern auch unter den Mitarbeitern. Außerdem ist dies der beste Weg, die **Verbreitung von rechtsextremen Ideologien** in der gesamten EU **zu verhindern**, welche die Werte, auf denen die EU gegründet wurde, ernsthaft untergraben.

7. Eine Arbeitsgruppe zu Anti-Rassismus und Vielfalt aufbauen

Es muss sichergestellt werden, dass das Engagement des Europäischen Parlaments gegen rassistische Diskriminierung und rassistische Gewalt oben auf der Tagesordnung steht, indem die Arbeitsgruppe zu Anti-Rassismus und Vielfalt im Europäischen Parlament wieder hergestellt wird.

Warum? Wahlprognosen zeigen, dass das nächste Europäische Parlament politische Parteien begrüßen wird, welche rassistische und fremdenfeindliche Rhetorik verbreiten. Das nächste Europäische Parlament (2014-2019) muss ein **zukunftsweisendes Engagement** sicherstellen, um eine solche Entwicklung in Zukunft zu verhindern. Der Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union sollte ein kontinuierliches Ziel aller Fraktionen des Europäischen Parlaments sein.